

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Postsekretariat: Dresden 1500
Poststraße Riesa Nr. 22.

Nr. 188.

Montag, 9. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorkasse für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. H. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Um die Wahlreform.

Die Erörterung der mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung stehenden Fragen hat andere wichtige innenpolitische Probleme naturgemäß mehr in den Vordergrund treten lassen. Das gilt vor allem für die dringend notwendige Reform des Wahlrechts. Man kann sagen, daß wohl in allen politischen Lagern und namentlich auch im Volke große Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Verhältnis besteht.

Im Reichsinnenministerium beschäftigt man sich allerdings schon seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung der neuen Wahlrechtsnovelle, jedoch soll die neue Vorlage den geübten Erwartungen und Wünschen durchaus nicht gerecht werden. Ohne mit den Parteiführern in sonderliche Fühlung zu treten, will nun das Reichsinnenministerium das alte Wahlrecht in der neuen Vorlage beibehalten und im wesentlichen nur eine Vereinfachung der Wahlkreise vornehmen.

Da die neue Wahlrechtsvorlage dem Reichstag erst nach den Sommerferien zugehen wird, ist somit noch immer die Möglichkeit gegeben, daß sich unter dem Druck der Reichstagsfraktionen der Reichsinnenminister zu einer Revision der neuausgearbeiteten Vorlage entschließen könnte. Wie wir hören, beschäftigt das Zentrum in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und nach vorheriger Fühlungnahme mit den Reaktionsparteien und den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen den Reichsinnenminister einen Ergänzungsvorschlag bezüglich der Wahlreform zu machen. Im Zentrumskreis denkt man, auf die Wahlrechtsnovelle des früheren Reichskanzlers Grafen Hertling zurückzugreifen, die im Februar 1918 dem Reichstag zugegangen ist, damals jedoch nicht verabschiedet wurde. Diese Novelle sieht vor, daß in 381 Wahlkreisen nach dem alten Wahlrecht gewählt werden sollte. Gleichzeitig sollten 80 Abgeordnete nach dem Grundgesetz der Verhältniswahl in 21 Wahlkreisen gewählt werden. Danach würde die Zahl der Abgeordneten 441 und die der Wahlkreise 397 betragen. Der Vorschlag ist eine längere Begründung beigegeben, in der zum Ausdruck kommt, der Grundgedanke der Verhältniswahl, daß jeder am Wahlkampf beteiligten Gruppe eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Parlament zufallen sollte, auf den ersten Blick viel für sich habe. Die Regierung Hertling erkannte aber sofort die Nachteile des Verhältniswahlrechts. Sie wollte das Proportionalwahlrecht für die großen Städte und Industriezentren mit dem des alten Wahlrechts verbinden und somit beide Systeme, wie oben erwähnt, in Anwendung bringen.

Im Zentrumskreis denkt man nunmehr daran, in diese Wahlrechtsnovelle den Gedanken der Sammellisten einzufügen, wie sie gegenwärtig bereits besteht. Auf diese Weise könnte das Reichsinnenministerium den Wünschen aller Parteien gerecht werden. Um nicht irgendwelchen Spalterparteien die Möglichkeit einer Kandidatur zu geben, ist daran gedacht, nur Stimmkreise oder Wählergruppen von einer bestimmten Größe zur Verrechnung gelangen zu lassen. Um während der Legislaturperiode des Parlaments gewissermaßen die Stimmung der Wählerschaft festhalten zu können, denkt man weiter daran, in den Einzelwahlkreisen Neuwahlen dann vorzunehmen, wenn ein Abgeordneter sein Mandat niederlegen sollte bzw. stirbt.

Eine derartige Wahlrechtsnovelle wäre mit den Bestimmungen der Reichsverfassung durchaus in Einklang zu bringen, denn die in der Verfassung vorgeschriebene Art des Wahlrechts würde mit den Grundsätzen der Verhältniswahl übereinstimmen.

Die Reise des Reichsfinanzministers nach Bayern.

Der Herr Reichsminister der Finanzen ist am Sonntag von seiner Besichtigungsreise in Bayern nach Berlin zurückgekehrt. Am Montag abend fand in Wiesenburg eine Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Finanzminister über schwebende finanzielle Fragen, insbesondere auch über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung statt. Am Dienstag besichtigte der Minister die im bayerischen Wald gelegenen Bahnbauten, die mit Reichsmitteln zu Ende geführt werden sollen, am Mittwoch das Röhler-Werk in Passau, am Donnerstag das Innwerk bei Eging. Außerdem besuchte der Minister die dort gelegenen Finanz- und Zollämter. In Passau begleitete der bayerische Finanzminister Dr. Krausack den Minister, im Innwerk der Staatssekretär Fischer. Besonders beachtenswert war der Empfang des Reichsministers im bayerischen Wald. In Zwiesel wurde am Abend ein Orchesterkonzert veranstaltet, auf dem der Minister eine Rede hielt. Nach Schluß der Rede wurde das Deutschland-Lied gesungen.

Die Lage in China.

Neuter meldet aus Kanton: Der Generalkommando der Truppen von Kanton hat an die Regierung in Kanton ein Telegramm geschickt, in welchem er mitteilt, daß die Truppen Disziplin an der Tchangsi-Front gehalten worden seien und daß sich der Feind in nördlicher Richtung zurückziehe. Die Neuter weiter aus Kanton meldet, fand am Sonntag eine große Demonstration gegen die Wiedererrichtung der Befestigungslinie statt. Die Konferenz werde als ein Mittel betrachtet, einen Kriegsfonds für die Unternehmungen gegen die Regierung von Kanton zu schaffen.

Vor neuen Beratungen der Ratskommission.

Schwierigkeiten mit Polen.

Die zuständigen Berliner Stellen sind inoffiziell davon verständigt worden, daß die Studienkommission für die Ratsreform Ende August zusammenzutreten wird. Eine offizielle Einladung zur Teilnahme an den neuen Beratungen der Kommission wird das Sekretariat des Völkerbundes der Reichsregierung durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Bern in den nächsten Tagen zugehen lassen.

An zuständiger Stelle hatte man noch vor wenigen Tagen zum Teil den Standpunkt vertreten, daß eine Beteiligung Deutschlands an den neuen Verhandlungen der Ratskommission nicht mehr zweckmäßig sei, weil es nunmehr so gut wie sicher ist, daß keine Macht ihr Veto gegen die Zuteilung eines ständigen Mitglieds an Deutschland einlegen werde. Nach den hier vorliegenden neueren Informationen gehalten sich jedoch die Verhandlungen der französischen und der englischen Regierung mit Spanien und Polen über die Frage der Zuteilung von nichtständigen Mitgliedern außerordentlich schwierig. Das Pariser und das Londoner Kabinett sind infolge der Ausschließlichkeit, schon jetzt eine Erklärung über diesen Punkt herbeizuführen, zu dem Beschluß gelangt, das Sekretariat des Völkerbundes zu veranlassen, für Ende dieses Monats die Studienkommission für die Ratsreform nach Genf zu berufen. Die Forderung Spaniens, daß seine endgültige Haltung von dem Verlauf der neuen Verhandlungen der Ratskommission abhängig machen will, dürfte für diesen Beschluß ausfallgebend gewesen sein.

Die Reichsregierung wird aller Voraussicht nach als Delegierte für die Beratungen der Studienkommission den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Schöner und als Rechtsberater des gleichen Referats den Ministerialdirektor Dr. Gans nach Genf entsenden.

Eine Erklärung Melos Francos.

Der brasilianische Delegierte beim Völkerbund, Melos Franco, erklärte einem Vertreter des Exzellenz, er werde sich nur zum Zweck offizieller Besuche nach Genf begeben und am 8. Oktober nach Rio de Janeiro abreisen. Er bekräftigte, daß Brasilien auf der Septembertagung nicht vertreten sein werde. Für Brasilien sei die Lage noch genau dieselbe wie im Monat März.

Die Türkei und der Völkerbund.

Times berichtet aus Angora, die türkische Regierung erwäge seit einiger Zeit, ob es ratsam sei, daß die Türkei Mitglied des Völkerbundes werde. Von russischer Seite werde in der Türkei darauf hingewiesen, daß für die Türkei notwendig sei, außerhalb des Genfer Kreises zu bleiben.

Der Gesamtplan des Reiches für die Arbeitsbeschaffung.

enthält auch den Hinweis auf eine verstärkte Inangriffnahme des Wohnungsbauwesens, da zur Zeit noch über 100.000 Bauarbeiter Erwerbslosunterstützung erhalten. Die Durchführung und Finanzierung des Wohnungsbauwesens ist seit der Drilling-Steuernverordnung in erster Reihe Sache der Länder. Es müßten deshalb zunächst mit den Ländern Verhandlungen eingeleitet werden, um für ein zusätzliches Bauprogramm, das in erster Linie der Arbeitsbeschaffung zu dienen hat, die Aufbringung der nötigen Mittel in die Wege zu leiten. Neben verstärkter Herangehung der Hauszinssteuer kommt hier zur Aufnahme von Anleihen in Betracht. Die Verhandlungen mit den Ländern haben in dieser Richtung zu einem gewissen Abbruch geführt. Die Aufnahme der Anleihen kann der Natur der Sache nach nur allmählich durchgeführt werden. Das Reich hat sich deshalb bereit erklärt, den Ländern Vorschläge auf die im Laufe der Zeit aufzunehmenden Anleihen bis zu einem bestimmten Höchstbetrage zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird ermöglicht, daß mit dem zusätzlichen Bauprogramm in aller Eile begonnen werden kann. Es kann erwartet werden, daß die technische Vorbereitung in den einzelnen Ländern rasch zum Abschluß kommt. Da eine Reihe von Baugesetzen vorliegt, die mit Mitteln des ordentlichen Jahresbauprogramms nicht erledigt werden konnten, kann in Höhe mit dem Gesamtplan der Arbeiten auf der Grundlage der zusätzlichen Bauprogramme gerechnet werden.

Für Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes.

Wien. Die Kommission des Kongresses der International Law-Association hat die Ausdrücke über die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes unter Teilnahme zahlreicher Delegierter beendet. Von Interesse war eine Äußerung des Engländers William Domes, daß die Friedensverträge vielleicht anders ausgefallen wären, wenn vorher über bestimmte Vorfälle im Kriege unparteiisch hätte festgestellt werden können, was richtig oder unrichtig sei. Nach längerer Aussprache wurde folgendes vom Präsidenten der Kommission empfohlene Entschließen angenommen: Die Konferenz hat die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes und zwar als Abteilung des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag beschlossen. Die Kompetenzen dieses Gerichtshofes wird auf Delictes

Es besteht Grund zu der Annahme, daß einzelne Mitglieder der türkischen Regierung dementsprechend gegen einen Eintritt in den Völkerbund tätig sind. Unter den Nationen, die, wie angenommen wurde, die Türkei zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen suchen, werde Deutschland als die aktivste angesehen. Deutschland werde zweifellos bald einen Sitz im Völkerbundsrat haben, und man glaube, daß Deutschland es gern sehen würde, wenn der einzige seiner früheren Verbündeten, der nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ihm beitrete. Eine Frage, an der die türkische Politik sehr interessiert sei, sei der Gedanke der Aufnahme eines oder mehrerer ständiger Mitglieder an die asiatischen Mächte. Die Türkei würde nach ihrem Beitritt Anspruch auf einen dieser Sitze erheben und werde vielleicht Unterstützung von „unerwarteter Seite“ erhalten.

Neue Vertagung der deutsch-polnischen Niederlassungsverhandlungen.

Im Auswärtigen Amt wird augenblicklich das von den Polen der deutschen Kommission für die Niederlassungsverhandlungen überreichte neue Gesetz für den Aufenthalt von Ausländern in Polen überlegt. Welchen Einfluß dieses Gesetz auf den weiteren Gang der Niederlassungsverhandlungen mit Polen haben wird, läßt sich noch nicht sagen. Gegenüber dem ersten Entwurf der Warschauer Regierung stellt das neue Gesetz zweifellos eine den deutschen Interessen entsprechende Verbesserung dar. Polen hat sich allerdings nicht entschließen können, der deutschen Forderung bezüglich der Berufungsfrage von aus Polen ausgewiesenen Deutschen nachzukommen. Wie wir hören, ist mit dem Abschluß der Niederlassungsverhandlungen vorläufig noch gar nicht zu rechnen, weil in dieser Woche eine Sommerpause eingelegt wird und die Beratungen erst wieder im September aufgenommen werden sollen.

Sitzung des Reichskabinetts am 12. August.

Die der „Vorwärts“ meldet, werden Reichskanzler Dr. Brüning und mit ihm die meisten Reichsminister spätestens bis zum Verfassungstage wieder in Berlin eingetroffen sein. Am 12. August tritt das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird voraussichtlich einen Bericht über die außenpolitische Gesamtlage erstatten, bei dem die Völkerbundsfragen den größten Raum einnehmen werden. Die weiteren Beratungen des Kabinetts werden das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zum Gegenstand haben und schließlich werden auch die mit dem Treuhänder der Eisenbahnobligationen gepflogenen Verhandlungen, die im Hinblick auf die noch ausstehende Bekämpfung des Generaldirektors Dörpmüller von Bedeutung sind, erörtert werden.

beschränkt, welche durch Statut oder durch besondere Konventionen festgelegt werden.

Die Teilnehmer an dem Kongress der International Law-Association wurden Sonnabend nachmittag vom Präsidenten Gattisch auf dem Semmering empfangen. Der Empfang trug einen überaus herzlichem Charakter.

Verfassungsfeier in München.

Unter harter Beteiligung fand gestern im Münchener Ausstellungspark eine Verfassungsfeier statt, die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutschen Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, dem Gewerkschaftskartell, dem A. D. G. V., Ortsgruppe München, dem Arbeiter-Sportkartell, dem Arbeiter-Sängerbund und der Republikanischen Jugend veranstaltet worden war. Die Feier wurde mit Musik- und Gesangsbeiträgen eingeleitet.

Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Weiss, der u. a. ausführte: Den Sozialdemokraten ist die Liebe zum Vaterland niemals ein Lippenbekenntnis gewesen, ebenso wenig aber auch der Ruf: Nie wieder Krieg!, der sich mit der Verfassungsfeier verbindet. Das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung ist ein Bekenntnis zum Frieden. Der Redner wandte sich in seinen weiteren Ausführungen gegen die bayerische Regierung wegen ihrer Nichtbeteiligung an der Verfassungsfeier. Mit einem Hoch auf die deutsche Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold schloß Weiss seine Ansprache. Als zweiter Redner sprach General Theodor Armer, Mitglied des österreichischen Bundesrats, der u. a. erklärte, der Anschlussgedanke sei in Österreich keine unstrittene Frage mehr, und es werde der Tag kommen, wo Österreich ins Reich heimkehren werde auf dem Wege friedlicher Entwicklung, getragen vom Geiste von Weimar und Locarno. Der Tag, der die Völker wieder zueinanderführe und Deutschlands Stellung neu bestimme, werde auch Deutsch-Österreich wieder eins machen mit dem Reich. Das Hoch des Redners galt dem alten Ideal von 1815, der großdeutschen, einigen Republik. Die gesamte Feier ist ohne Zwischenfall verlaufen.

Eine fürchterliche Bluttat.

Sanctihammer. In dem benachbarten Industrieort Hochneuhofen verlor heute früh ein Arbeiter die Frau eines Nachbarn, mit der er im Streit lebte, nicht unerheblich. Dann erschlug er seine eigene Frau und beging Selbstmord, indem er sich an einer Lärklinte aufhängte und sich eine Kugel in den Leib jagte.